

Danziger Zeitung

Nr. 16917.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Neuerzägergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Sonntagsabend, 11. Februar.



Abend-Ausgabe.

Beitung.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

München, 11. Febr. (W. L.) Einem Privat-telegramm der hiesigen „Allgemeinen Zeitung“ aus Friedrichshafen zufolge ist durch einen erneuten Lawinensturz die Arlbergsstation Langen nebst dem Postturm verschüttet. Zweitausend Arbeiter sind mit den Rettungsarbeiten beschäftigt.

Vom Kronprinzen nach der Operation.

Aus Berlin schreibt uns unser Δ-Correspondent: „Alles steht hier unter dem Eindruck der Vorgänge in San Remo. In parlamentarischen Kreisen herrscht tiefe Niedergeschlagenheit, und Abgeordnete, deren Verbindung mit Höchstkreisen bekannt ist, wurden heute mit Anfragen bestürmt. Man wußte nur nach direkten Nachrichten aus San Remo, daß die Operation vorzüglich ausgeführt worden und glatt verlaufen sei, daß man am Hause beruhigende Berichte über das verhältnismäßig gute Befinden des Kronprinzen empfangen habe. Der Kaiser ließ sich gestern von seinem Leibarzt, Professor v. Lauer über den Zustand des Kronprinzen, über die letzte dringende Veranlassung zur Operation und über diese selbst Vortrag halten. Kaiser und Kaiserin legen eine standhaftie und Gott ergebene Fassung an den Tag. In weiten Kreisen des Publikums aber herrscht eine tieferste Stimmung.“

Das die Vornahme der Operation wesentlich die mehr pessimistische Auffassung des Zustandes des Kronprinzen unterstützt, ist unschwer zu verstehen, obgleich in Wirklichkeit die Notwendigkeit des Luftröhrenschlusses für den Charakter der Erkrankung nicht maßgebend ist. Auffälliger Weise wird sie und da angenommen, der Luftröhrenschluss werde eine genauere Unterforschung des Gehlkopfs, welche vom Munde aus sehr erschwert ist, ermöglichen. Leider ist das nicht zutreffend; vor allem deshalb, weil der Einschnitt in Rücksicht auf die Entzündung der Gewebe am Gehlkopf möglichst tief nach unten vorgenommen werden mußte, dann aber, weil dem Akte des Einschnitts in die Luftröhre die Einfügung der Canule mit möglicher Beschränkung folgen mußte. Der Luftröhrenschluss hat unter allen Umständen die Wirkung, der Beeinträchtigung des Athmens durch die Geschwulst im Gehlkopf entgegenzuwirken. Handelt es sich bei der Erkrankung in der That um eine Knorpelhautentzündung, so ist eine spätere Heilung nicht ausgeschlossen (vorausgesetzt freilich, daß nicht noch eine weitere Erkrankung vorliegt). In diesem Falle steht nichts entgegen, nach kürzerer oder längerer Zeit die Canule wieder zu entfernen und den Einschnitt heilen zu lassen.

An sich ist also die jetzt vollzogene Operation in keiner Hinsicht eine in bösem Sinne symptomatische. Auf der anderen Seite darf nicht verschwiegen werden, daß nach der Consultation vom 11. November v. J. die Aerzte, z. B. Dr. Schmidt (Frankfurt) bei seiner Anwesenheit in Berlin, als wahrscheinlich bezeichneten, daß die Tracheotomie in etwa 6 Wochen notwendig werden würde. Die Zeitschrift ist allerdings erheblich überschritten worden; im übrigen aber hat sich die Annahme als zutreffend erwiesen.

Welche Bedeutung der Reise Bergmanns nach San Remo und der von den einen behaupteten und von den anderen bestrittenen Verurteilung des Professors v. Schröter-Wien beizulegen ist, bewäre, ist noch nicht klar. Die Möglichkeit einer radicalen Operation — es ist sogar wieder von einer Erstirption des Gehlkopfs die Rede — wurde gestern sogar, wie uns unser Berliner Δ-Correspondent mitteilte, in ministeriellen Kreisen Berlins erörtert. Hoffentlich erweisen sich diese Meldungen als übertrieben.

Außerdem ging uns heute folgende Depesche zu: San Remo, 10. Febr., 11 Uhr Abends. (W. L.) Der Kronprinz verbrachte den gestrigen Tag gut und nimmt Nahrung ohne Beschwerde ein. Das Fortschreiten des Allgemeinbefindens ist befriedigend.

Politische Uebersicht.

Danzig, 11. Februar.

Krieg oder Frieden?

Es erscheint paradox, schreibt der Abg. Barth in der „Nation“, jemanden dadurch beruhigen zu wollen, daß man ihm nachweist, er sitze nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahren auf einem Pulversack. Und doch liegt diesem Beruhigungsmittel des Fürsten Bismarck eine seine psychologische Beobachtung zu Grunde. Nicht bloß in dem Sinne, daß man aus der bisher unterbliebenen Explosion die Hoffnung schöpfen darf, die Sache werde auch ferner gut gehen, wenn man es nur unterlässe, mit Streichhöhlen zu hanfieren, — sondern auch mit Rücksicht darauf, daß nichts nervöser macht, als eine plötzlich eingetretene Unsicherheit.

Der Reichskanzler hat mit einer Deutlichkeit, für die man ihm nur dankbar sein kann, die ganze Gebrechlichkeit der Situation zur Darstellung gebracht und daran erinnert, daß es sich um einen chronischen Zustand handelt, in den man sich eben finden muß, so unbehaglich er immer sein mag.

Es mußte bei dieser Aussöhnung der Sachlage auch mehr der Diplomat, der nichts verderben, als der Staatsmann, der etwas bessern will, zu Worte kommen, und daß der Reichskanzler diese diplomatische Aufgabe mit vollendetem Geschicklichkeit gelöst hat, muß ihm der Neid lassen. Seine große Reue hat keine Besorgnisse gehoben, aber dazu beigetragen, daß Deutschland den Griff seines

Schwertes fester saßt, wie jemand, der sein Gewissen darüber beruhigt fühlt, daß das Schwert nicht in nervöser Reichbarkeit gezogen wird.

Die Art, wie Fürst Bismarck unter Verhältniß zu Russland und Frankreich schilderte, erinnert einigermaßen an das Urtheil des westfälischen Bauern über den Dorfadvokaten: „Er ist ein ehrlicher und braver Mann, aber man kann es ihm nicht beweisen.“ Da man diesen Beweis nicht zu liefern vermögt, thut man gut, höflich und — vorsichtig zu sein.

Doch unter diesen Umständen durch die Rede des Reichskanzlers in den Beziehungen der europäischen Mächte zu einander keine wesentliche Veränderung eintreten wird, erscheint nur allzu wahrscheinlich. Selbst die Wirkung derselben auf den Kaiser von Russland wird schwerlich von Dauer sein, da Fürst Bismarck ja bereits seit Jahren dem Zaren gegenüber denselben Ton angeschlagen hat. Ueberraschend mag jedoch auch diesem Herrscher, wie allen fremden Regierungen, die mächtige Resonanz gewesen sein, welche die Worte des Kanzlers im deutschen Reichstage gefunden haben. Dass in Deutschland bei aller Meinungsverschiedenheit über die wichtigsten Fragen der inneren Entwicklung doch in gewissen Dingen auch nicht der geringste DisSENS unter den Parteien besteht, und daß diese Einigkeit vor keinem Opfer zurückschreitet, das wird dem gesamten Auslande ohne Zweifel zu denken geben.

Im ganzen kann man deshalb gewiß behaupten, daß der Entschluß, den europäischen Frieden zu brechen, seit dem denkprüdigen Reichstagssitzung vom 6. Februar keiner Regierung leichter gemacht ist, weder moralisch, noch intellectuell. Das ist schon etwas. Allerdings nicht genug für diejenigen, welche die Frage: Krieg oder Frieden? so sicher beantwortet wissen möchten, wie die Frage: Kopf oder Wappen? wenn ein Geldstück in die Luft geworfen wird.

Je feiner die Politik gehandhabt wird, umso weniger gibt es eben in ihr ein Entweder — Oder.

Über die in erfreulichem Maße sich gestend machende allmäßliche Rückkehr der für unser ganzes Erwerbsleben so überaus notwendigen Beruhigung schreibt eine officielle Correspondenz in Berlin: „Die im Reichstage abgegebenen bündigen Erklärungen unseres leitenden Staatsmannes haben der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes eine feste Grundlage verliehen, auf welcher sichend sie, im Vollgeföhle nationaler Lust und Freiheit, in ruhiger Überlegenheit auf das krause Treiben der im europäischen Karpenteich herumplätschernden Raubfische herabblitzen darf. Das Erstarken der Zuversicht in den Gemüthern wird von den wohlthätigsten Folgen für den Aufschwung des nationalen Erwerbslebens sein, und nach symptomatischen Anzeichen zu schließen, ist das jetzt schon der Fall. Wenigstens verlautet aus absolut verlässlichen Quellen, daß wichtige Branchen der deutschen Industrie, speciell die Textil- und die Eisenbranche, infolge der Montagsrede des Fürsten Bismarck mit frischer Thatkraft erfüllt worden sind und den Eingang umfangreicher Bestellungen zu verzeichnen haben. Wir nehmen keinen Anstand, uns der Hoffnung hinzugeben, daß auch andere industrielle Branchen von dem Anstoße, den das Auftreten des Reichskanzlers dem nationalen gewerblichen Unternehmungsgesetz verliehen hat, profitieren dürfen.“

Das wollen wir hoffen, hoffen auch darauf, daß diejenigen deutschen Organe, die durch ihre unablässigen Alarmirungen die übertriebene Beunruhigung auf dem Gewissen haben, in Zukunft etwas vorsichtiger sind.

Über den deutsch-österreichischen Bündnisvertrag weist der Wiener Correspondent des Standard folgende Thatsachen mitzuholen: „In 1879 unterzeichneten Graf Andrássy und Fürst Bismarck einen Nachtrag zu dem jüngst veröffentlichten Aktentücker, durch welchen dessen Dauer auf 5 Jahre festgesetzt wurde. Eine solche Begrenzung wurde in dieser Zeit als notwendig erachtet, indem Graf Andrássy bereits zurückgetreten und sein ständiger Nachfolger noch unbekannt war, da Baron Haymerle lediglich als locum tenens betrachtet wurde. Als im November 1881 Graf Almánoh den Posten erhielt, war er österreichischer Botschafter in St. Petersburg und Fürst Bismarck stieg mit ihm auf dessen Reise von der russischen Hauptstadt nach Wien eine Unterredung. Der neue Minister machte einen guten Eindruck auf den deutschen Reichskanzler, der indeß abwartete, wie er sich bewähre, ehe er ihm sein volles Vertrauen schenke. Das Ergebnis war völlig befriedigend, und im August 1883, vierzehn Monate vor dem Ablauf des fünfjährigen Termins, schlug Fürst Bismarck vor, daß der Vertrag für einen festgestellten Termint nicht erneuert werden, sondern eine ständige Einrichtung bleiben solle, und nachdem dies vereinbart worden, wurde ein diesbezügliches neues Protokoll unterzeichnet.“

Die russischen Truppen in Polen.

Mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen neu aufgetauchten Gerüchte von russischen Truppenanhäufungen in den westlichen Gouvernements und am Pruth dürfte ein der „pol. Corresp.“ aus Warschau zugehender Brief auf Interesse zu rechnen haben. Es wird durch denselben festgestellt, daß einerseits keinerlei Anzeichen vorhanden sind, die zu der Annahme berechtigen, als ob die russische Heeresverwaltung sich zum Verzicht auf das im „Russischen Invaliden“ angekündigtes System militärischer Maßnahmen oder zu wesentlicheren Änderungen des Planes der Durchführung entschlossen hätte, doch aber andererseits seit den bekannten Dislocationen im Spätherbst v. J. neuere russische Truppenbewegungen

irgendwie ausgedehnteren Maßes bis in die jüngsten Tage nicht wahrzunehmen waren.

Neues Vorgehen der Agrarier.

Die Prophezeiung, daß die Agrarier durch die Erhöhung der Getreidezölle noch nicht zufrieden gestellt sein würden, hat sich bewahrheitet. Im Reichstage haben gestern die Abg. v. Wedell-Malchow und v. Freye zum Sollefat eine Resolution eingebracht, in welcher die Regierungen erfuhr werden, eine eingehende Untersuchung darüber zu veranstalten, ob es geboten erscheine, eine Erhöhung bez. Abänderung einer Reihe von Zöllen, welche bei der letzten Erhöhung nicht berücksichtigt worden sind, wie des Zolls auf Raps, Leinfaas, Butter, Oele, Schmalz, Salz u. dergl. im Interesse der Landwirtschaft wie der befehligen Industrien herbeizuführen, und dem Reichstage über das Ergebnis Mitteilung zu machen. Eine Erhöhung der Mehrzahl dieser Zölle hatte, wie erinnerlich, bereits der deutsche Landwirtschaftsrath in seiner letzten Tagung befürwortet, die Regierungsvorlage aber hatte diese weitergehenden Wünsche nicht berücksichtigt. Unterstützt ist der Antrag, welcher demnächst im Plenum zur Beratung kommen wird, von einer Anzahl Mitglieder der Deutschconservativen und der Reichspartei.

Falls der Antrag im Plenum eine Majorität findet, bleibt abzuwarten, ob die Regierung sich bereit finden läßt, den Agrarier neues Material für Anträge auf Zollerhöhung zu beschaffen.

Die Secundärbahnhvorlage.

Die Mitteilung, daß die in Vorbereitung sich befindende, in den letzten Tagen viel besprochene Secundärbahnhvorlage eine Summe von über hundert Millionen für den Ausbau des namentlich in strategischer Hinsicht bisher sehr vernachlässigte Eisenbahnnetzes an der östlichen Grenze fordert, ist, wie von officieller Seite versichert wird, nicht zutreffend. Wenngleich die ausgiebige Fortsetzung des mit so großem Erfolg begonnenen Ausbaues des Secundärbahnhnetzes im Osten, wie es namentlich durch die Nichtverstaatlichung der Marienburger-Mlawkaer und der ostpreußischen Südbahn dringend notwendig geworden auch in der neuen Vorlage ins Auge gesetzt ist, so dürfte doch der weitaus größere Theil der oben erwähnten Summe für Zwecke des Anschlusses anderer Gebietsteile an die preußischen Staatsbahnen, so namentlich auch in Mitteldeutschland, zur Verwendung kommen. Die Secundärbahnhvorlage dürfte in einigen Tagen an das Abgeordnetenhaus gelangen.

Zur Sperrgelderfrage.

Unser Berliner Δ-Correspondent schreibt: Die seit jüngster Zeit wiederholte Anwesenheit katholischer Bischöfe in Berlin wird, wie auch der Besuch, den der Fürstbischof Dr. Kopp dem Reichskanzler zu Friedrichsruh kurz vor dessen Rückkehr nach Berlin abgestellt hatte, nicht auf bloße Aeußerlichkeiten bezogen. Es wird vermutet, daß diese Vorgänge mit der Sperrgelderfrage in Zusammenhang stehen. Wie weit das richtig ist, muß dahingestellt bleiben; Thatsache aber ist es, daß über wichtige gesetzgeberische Fragen zwischen der preußischen Regierung und dem Vatican Verhandlungen im Augenblick nach keiner Richtung hin stattfinden und daß dem Landtage in dieser Tagung kirchenpolitische Vorlagen nicht zugehen sollen.

Dem Abgeordnetenhaus ist übrigens der Abschluß der Generalstaatskasse betr. die Sperrgelder zugegangen, welche sich in Folge des sogenannten Sperrgesetzes für die katholischen Bischöfler und Geistlichen von 1875 bis zum 1. April 1886/87 aufgesammelt haben. Die Summe beifert sich jetzt auf 16 003 033 Mk.

Ein neues Rundschreiben des Erzbischofs Dinder.

Der Erzbischof hat ein neues Rundschreiben an diejenigen Geistlichen gesandt, die als Religionslehrer an den Gymnasien bzw. höheren Lehranstalten der Erzbistüme Gnesen-Posen fungieren. Dr. Dinder wünscht, daß die polnischen Schüler der unteren und mittleren Klassen dieser Anstalten zu Hause polnische Katechismen und biblische Geschichten zur Hand haben, und daß der Vorbereitungs-Unterricht zu den Sacramenten den Polen nur polnisch ertheilt und die Curse auf das sorgfältigste innegehalten werden. Dieses Rundschreiben wird nicht verfehlt, für den Erzbischof in polnischen Kreisen „nati“athien zu erwecken.

Im englischen Unterhause

erklärte gestern der Unterstaatssekretär des Außenwesens, Fergusson, in Beantwortung einer Anfrage, die englische Regierung habe keinerlei England zu einer materiellen Action verpflichtende Abmachung getroffen, die dem Hause nicht bekannt sei. Auf die weitere Anfrage Labouchère's, welcher Unterschied zwischen einer Action überhaupt und einer materiellen Action bestehe, erwiederte Fergusson, eine materielle Action involviere eine militärische Responsibilität. Ferner erklärte Fergusson auf Befragen, er hätte den gestrichenen Mittheilungen Lord Salisbury's über das Leiden des deutschen Kriegsverlustes nichts hinzuzufügen. Selbstverständlich würde es sehr wünschenswerth sein, wenn dem Hause eine beruhigende Mitteilung gemacht werden könnte über ein seinem Lande und der ganzen Welt so theures Leben, dessen Erhaltung sehr zu hoffen sei. (Lebhafte Beifall.) Hierauf wurde vom Hause die Adreßdebatte fortgesetzt.

Reichstag.

34. Sitzung vom 10. Februar.

Das Haus genehmigt in dritter Beratung die Anleihe für Zwecke des Reichsheeres nahezu einstimmig

und tritt in die erste Beratung des Gesetz-Entwurfs, betr. den Schuh von Bögen, ein.

Abg. Hermes (frei): Es kommt darauf an, auf dem Gebiete des Vogelschutzes die Grundlage zu schaffen für den Abschluß internationaler Verträge, und sodann darauf, das Mündestatut des Schuhs den Vogeln innerhalb Deutschlands zu gewähren. Redner ist im ganzen mit der Vorlage einverstanden, wünscht aber einzelne Änderungen und empfiehlt daher Beratung an eine Commission.

Abg. v. Strombeck (Centr.) ist gegen Commissionsberatung, weil sonst das Gesetz nicht zu Stande kommt. Ebenso erklären sich die Abg. v. Mirbach (cons.), v. Neurath (Reichsp.) und Duvalneau (n.-l.) für die zweite Beratung im Plenum.

Abg. Baumbach (frei): Ich halte eine Plenarberatung nicht für ratsam, schon weil die Bestimmung aus dem Entwurf entfernt werden müsse, nach welcher dem Bundesrat alle Ausführungsmakaregeln überlassen bleiben sollen. Diese Maßregeln müßten vom Reichstage selbst festgestellt werden.

Abg. Windhorst glaubt, daß die Ausführung des Gesetzes schwer zu überwachen sei; es handle sich namentlich bei dem Arammetsvogelsang um eine eingewurzelte Gewohnheit des Volkes und auch um bedeutende materielle Interessen, so daß man überall das Gesetz umgehen werde. In Italien siehe ebenso; man werde dort den Massenfang auch nicht unterdrücken können, und wožu soll man in Deutschland die Vogel schonen, wenn man sie jenseits der Alpen doch wegfangen wird? Redner habe in seiner Jugend Schlingen gelegt und Eier gesammelt, ist auch ein großer Freund von Arammetsvogelbraten. Warum soll man sich einen so schönen Braten entgehen lassen? (Große Heiterkeit.)

Abg. Meyer - Halle (frei): Fischen, Jagen, Vogelstellen, verdarb schon manchen Junggesellen, sagt Goethe, und ich muß behennen, daß das Ideal, welches mir vom Abg. Windhorst vorwirkt, durch sein Bekennnis getrübt ist. (Große Heiterkeit.) Die Vögel sind die besten Schülern des Menschen in der Bekämpfung der Infektionen und anderer Schädlinge. Deswegen sollte man sie nicht töten in ihrer Thätigkeit. Die Bestimmung über die Arammetsvögel ist eine Art Socialisfengesetz in einem geordneten Reichsstaate (Heiterkeit). Man kann einen Arammetsvogel ebenso wenig genau definieren, wie ein auf dem Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtetes sozialdemokratisches Bestreben. (Heiterkeit.) Man kann schließlich, wenn man Appetit auf irgend einen Vogel hat, sagen: Du bist ein Arammetsvogel! (Große Heiterkeit.) Gerade an dieser Stelle muß der Vogelschutz eintreten, sonst haben wir keine Möglichkeit, mit anderen Staaten Vereinbarungen zu treffen, weil diese uns unsere mangelnde Gesetzgebung vorhalten werden. Die Schwärme für den Arammetsvogel ist feudalistischen Ursprungs. (Heiterkeit.) Nachdem noch die Abg. Henneberg (nat.-lib.) und v. Dethen (cons.) für die Vorlage gesprochen, wird der Antrag auf Commissions-Beratung abgelehnt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Über die Wahl des Abg. v. Dethen - Parchim (3. Mecklenburg-Schwerin), die für gültig erklärt werden soll, referiert Abg. v. Triesen, dessen Ausführungen schwer verständlich sind.

Abg. Rickert: Nach diesem Referat werden nur wenige im Hause, die nicht den Commissionsberatungen beigewohnt haben, sich ein Bild von der Sache machen können. Die Wahlprüfungscommission hat besser gethan, einen schriftlichen Bericht zu erstatten. Es ist unmöglich, einem solchen complicierten Vortrage ohne weiteres zu folgen, wo es auf Einzelheiten ankommt. In diesem Falle wäre das um so wünschenswerther gewesen, als der Referent selber gesagt hat, die Commission lege Gewicht darauf, daß die Thatsachen des Protestes hier bekannt würden. Allerdings hat diese Sache viel von sich reden gemacht. Abg. v. Dethen ist gewählt mit einer absoluten Majorität von nicht ganz 300 Stimmen. Es sind im Protest erhebliche Punkte vorhanden, zum Beispiel, ein großherzoglicher Beamter habe in öffentlicher Versammlung den Wähler gewählt, erhielt sie Wahlkreis, und wenn sie Dethen wählten, erhielten sie Wahlkreis, und wenn sie Dethen nicht gewählt, erhielt sie Wahlkreis. Von diesen Dingen hat der Referent kein Wort gesagt. (Widerpruch.) Ich habe wenigstens nichts davon gehört. Das sind aber Thatsachen, die mich zu dem Antrag veranlassen würden, die Sache dem Reichskanzler zur weiteren Veranlassung zu übergeben. Ohne schriftlichen Bericht geht es nicht. Ich beantrage daher, die Sache an die Commission zur schriftlichen Berichterstattung zurückzuverweisen. Hier handelt es sich um ein Recht der deutschen Wähler, und da hat der Reichstag alle Veranlassung, eine genaue Prüfung zu ermöglichen. Dazu gehört aber ein schriftlicher Bericht. (Beifall links.)

Abg. Marquardt (nat.-lib.) erklärt als Vorsitzender der Commission, daß diese die Protestbehauptungen nicht für erheblich gehalten habe, und dara

die Wahlzettel entfaltet und sie erst dann in die Wahlurne gelegt habe. Früher habe der Reichstag stets den Grundsatz vertreten, daß das Verbot von Wahlversammlungen zur Unmöglichkeit der Wahl führen müsse. Diesen Grundsatz scheinen selbst die Nationalliberalen verlassen zu wollen. Wenn der Referent es nicht mehr für nothwendig halte, die Thatsachen mitzuteilen, welche zeigten, welche unerhörten Wahlbeeinflussungen, namentlich in Sachsen, vorgekommen seien, dann sei das keine Wahlprüfung mehr. Die Majoritätsparteien erklärtan dann einfach die Wahlen ihrer Mitglieder für gültig. (Widerspruch rechts.) Er beantragt, die Commission aufzusuchen, dem Hause einen gedruckten Bericht vorzulegen.

Referent v. Neinhaben glaubt, daß das Haus der Commission das Vertrauen schenken müsse, darüber zu entscheiden, was sie als erheblich oder unerheblich betrachte. Er sei gern bereit, alles mitzutheilen, was das Haus wünsche. Uebrigens hätte ja das Haus die Beweisnachweise des Referenten keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Abg. Rickert: Ich bin im Gegenteil dem Vortrage des Herrn Referenten mit grösster Aufmerksamkeit gefolgt, ich habe ihn aber, namentlich im ersten das thätsächliche Material betreffenden Theil, wegen der Unruhe des Hauses und seiner schwachen Stimme nicht verstehen können.

Der Antrag auf schriftliche Berichterstattung wird abgelehnt.

Referent v. Neinhaben trägt nunmehr ausführlich diejenigen Fälle vor, welche zu dem Wahlprotest geführt haben.

Abg. Götger beantragt darauf, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen, um sich davon zu überzeugen, wie die Wahlprüfungscommission den Protest aufgesetzt hat.

Auch dieser Antrag wird abgelehnt.

Abg. v. Triesen (conf.) weist den Vorwurf zurück, daß die Regierung, die Beamten und die Arbeitgeber der Ordnungsparteien sich unerhörter Wahlbeeinflussungen schuldig gemacht hätten. Wollte er dagegen alles aufzählen, was die Sozialdemokraten an Wahlbeeinflussungen geleistet hätten, so würde er die Geduld des Hauses zu ermüden fürchten.

Abg. Bebel (soc.): Wenn unsere Partei wirklich sich einmal auf ungeschicklichem Boden bei den Wahlen befunnen hätte, dann wäre doch sicherlich unumstößlich die Rüge auf dem Fuße gefolgt. Der Herr Vorredner kann aber keinen solchen Fall nachweisen. Von den „reichstreuen“ Parteien dagegen sind in Leipzig die Studenten, also Leute unter 25 Jahren, direkt zur Agitation aufgefordert worden, ebenso die Schüler an der polytechnischen Schule in Dresden, und das Cultusministerium hat die Beteiligung derer gebuhlt.

Weiter hat das Präfektuum des Militärvereinsbundes sämmtliche Militärvereine Sachens zur Wahl für die Cartellkandidaten aufgefordert; infolgedessen sind diese Vereine aktiv in die Wahl eingetreten. Sogar von Bürgermeistern sind dieselben dazu aufgefordert worden. In Dresden sind 33 Innungen zur politischen Wahlagitation zusammengetreten. In Leipzig haben die Hausbesitzer-Vereine eine öffentliche Erklärung für die Cartellkandidaten abgegeben.

Abg. v. Triesen erklärt, daß alle diese Dinge ihm vollständig unbekannt sind, was der Abg. Bebel für unbegreiflich hält, da der Abg. v. Triesen Vorredner des conservativen Wahlvereins im Königreich Sachsen sei, und in dessen eigenem Wahlkreise die Militärvereine für denselben aufgetreten seien.

Die Wahl des Abg. Claus wird nach dem Antrage der Commission für gültig erklärt; ebenso ohne Discussion die Wahl des Abg. v. Funcke und Panse.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Deutschland.

* Berlin, 10. Februar. Der Kaiser nahm heute zunächst den Vortrag des Grafen Perponcher und darauf die Meldungen mehrerer höherer Offiziere entgegen. Später machte die Frau Prinzessin Wilhelm mit ihren älteren drei Söhnen einen Besuch im königlichen Palais. Nachmittags arbeitete der Monarch noch längere Zeit allein.

* Berlin, 10. Februar. In der am 9. d. Ms. unter dem Vorsteh des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung ertheilte der Bundesrat den Gesetzentwurfen wegen Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften und betreffend Aenderungen der Wehrpflicht, mit den vom Reichstage beschlossenen Abänderungen, sowie dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Fürsorge für Beamte in Folge von Betriebsunfällen und dem Entwurf eines Feldpolizeigesetzes für Elsaß-Lothringen die Zustimmung.

* Die Anträge der Freisinnigen auf geheime Abstimmung bei den Landtagswahlen, welche zu dem Antrage der Cartelparteien auf Verlängerung der Legislaturperioden gestellt sind, laufen folgendermaßen:

Das Hause der Abgeordneten wolle beschließen:

I. Nach § 1 des vorgeschlagenen Gesetzentwurzes einzufügen:

§ 1a. An Stelle des letzten Alinea des Artikels 71 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 tritt folgende Bestimmung:

Die Wahlmänner werden in jeder Abtheilung aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler ohne Rücksicht auf die Abtheilungen mit geheimer Abstimmung gewählt.

§ 1b. An Stelle des ersten Alinea des Artikels 72 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 tritt folgende Bestimmung:

Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner mit geheimer Abstimmung gewählt.

II. Dem nachstehenden Gesetzentwurze die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen:

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Verordnung über die Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer vom 30. Mai 1849.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw. verordne, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den Umsfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. An Stelle des § 1 der Verordnung vom 30. Mai 1849 tritt folgende Bestimmung:

§ 1. Die Mitglieder für das Hause der Abgeordneten werden von den Wahlmännern in Wahlbezirken, die Wahlmänner von den Urwählern in Urwahlbezirken gewählt.

Die Wahlen erfolgen durch Niederlegung von Stimmzetteln in die Wahlurne. Die Stimmzettel sind von weißem Papier und ohne äußere Kennzeichen herzustellen. Sie sind außerhalb des Wahllokales mit den Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Briefstiftung zu versetzen.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode des Hauses der Abgeordneten in Kraft.

* Die Verlängerung des Socialistengesetzes ist, wie schon telegraphisch gemeldet wurde, in der Commission auf zwei Jahre, ohne Verschärfungen, beschlossen worden. Aus der leichten Sitzung von gestern ist noch Folgendes nachzuvertragen:

Zunächst wurde die neue Strafbestrafung (§ 25a) wegen der Theilnahme an sozialistischen Verhandlungen im Auslande abgelehnt, nachdem der Abg. Meyer (Jena) sich kurz dagegen erklärt hatte. Ebenso wurden ohne erhebliche Discussion die Wahrnehmungen der Beschwerde-Commission beziehen. Eine etwa einstündige Discussion erhob sich über § 28, der vom kleinen Belagerungsstaat handelt. Der Abg. Windthorst hat, wie schon in früheren Jahren, auch diesmal wieder beantragt, die Zulässigkeit des kleinen Belagerungs-

zustandes auf Berlin zu beschränken. Gegen dieses Amendingen erklärte sich sowohl der Minister v. Puttkamer, der lieber auf das ganze Gesetz verzichten, als in dieser Weise es abbrühen lassen würde, als auch der Abg. Bebel, der lieber das Gesetz unverändert beibehalten, als eine solche Ausnahmestellung für Berlin schaffen will. Im übrigen drehte sich die Discussion hauptsächlich darum, ob durch die Anwendung des kleinen Belagerungsstaates und durch die Ausweitungspraxis die sozialdemokratische Agitation verstärkt oder abgeschwächt wird. Der § 28 wird schließlich in seiner bisherigen Fassung gegen die Stimmen des Centrums, der Freisinnigen und des Abg. Bebel angenommen. Zu § 1 der Novelle, welcher das Gesetz bis zum 30. September 1893 verlängern will, stellt der Abg. Meyer (Jena (nat.-lib.)) das Amendingen, den Endtermin auf den 30. September 1890 festzusetzen. Der Minister v. Puttkamer erklärt sich ausführlich dagegen, indem er auf die Nachtheile hinweist, welche die wiederholte Discussion dieses Gesetzes im Gefolge hat.

Abg. Windthorst macht dagegen geltend, daß gerade die öffentliche Discussion einen Ventil sei, durch welches schädliche Dünste abgeleitet werden. Gleichzeitig regt er die Förderung der Arbeiterschutzgesetzgebung an. Prinz Carolaßt erklärt sich namens der Freiconservativen für die fünftägige Verlängerung. Die Regierungsvorlage wird gegen 9 Stimmen, Conservativen und Freiconservativen, abgelehnt, der Antrag Meyer (Jena) gegen 3 Stimmen, Freisinnigen und Bebel, angenommen. Es kommt die Resolution des Abg. Windthorst zur Verhandlung. Herr Windthorst wundert sich, daß die Nationalliberalen ihren Standpunkt nicht in einer Resolution formuliert haben. Abg. Meyer (Jena) wiederholt seine frühere Erklärung, daß seine Fraktion sich vorbehalte, nach zwei Jahren Stellung zu nehmen, woraus Abg. v. Hammerstein die Folgerung zieht, daß die Nationalliberalen auch eventuell für übermalige Verlängerung stimmen würden. Abg. Windthorst zieht seine Resolution zurück. Es erhebt sich eine längere Geschäftssitzungsdebatte darüber, ob in der Commissionsberatung eine Gesamtstimmung über das Gesetz stattfinden soll. Ohne eine Entscheidung über diese Frage herbeizuführen, läßt Herr v. Kardorff die Gesamtstimmung vornehmen. Die Abgeordneten Windthorst und Spahn enthalten sich, die Abg. Träger, Meyer (Jena) und Bebel stimmen mit Nein, alle übrigen mit Ja. Es wird mündliche Berichterstattung beschlossen und der Abg. Meyer (Jena) als Referent bestimmt.

* [Unfallverhütung.] Zu den in den Fabriken vorkommenden Unfällen stellen ein großes Contingent diejenigen, welche im Folge Erfassens der Kleidungsstücke der Arbeiter und namentlich der Arbeiterinnen durch Maschineneile Transpirationen u. verursacht werden. Es sind deshalb auch in der Mehrzahl der bereits erlassenen Unfallverhütungsvorschriften Bestimmungen dahin getroffen, daß die in den Fabriken beschäftigten Personen enganschliefende Oberkleider tragen. Wie wir hören, werden nun von verschiedenen Fabrikanten in Berücksichtigung dieser Vorschriften Kleider angefertigt, welche sich durch ihren praktischen enganschliefenden Schnitt wohl dazu eignen dürften, Unfallsfälle vorzubeugen. Es wäre nun zu wünschen, daß diese Kleidungsstücke zu den möglichst billigsten Preisen verkauft und die Arbeiter selbst durch die Arbeitgeber auf die Anschaffung derselben aufmerksam gemacht würden.

* [Arme Gemeinde.] Eine westpreußische Gemeinde, die wohl als einzigartig dastehet, ist Wehnershof bei Hammerstein im Schloßauer Kreise. Bereits im Jahre 1882 wurde sie durch Erkenntnis des Kreisausschusses als leistungsfähig und für die ärme Gemeinde des an und für sich armen Kreises erklärt. Es zahlen die 707 evangelischen Bewohner 267 Mk. Alafsensteuer, während dieselben an sonstigen Abgaben: Grund- und Gebäudesteuer, Kreis-, Communal- und Schulabgaben noch jährlich 2692 Mk., d. i. ein tausend und acht Prozent der Staatssteuer aufzubringen haben, ohne der kirchlichen Leistungen zu gedenken. Die Zahlen sind bekannt genorden, als die Behörde die Galiezierung des bisherigen höhernen Kirchleins wegen Totaler Baufälligkeit und einen Neubau befahl.

* [Auskluss der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen.] Die IX. Reichstagscommission hat das Gesetz über die unter Ausskluss der Öffentlichkeit statfindenden Gerichtsverhandlungen in zweiter Lesung durchberaten. Die §§ 172, 174, 175, 176 und 195 wurden im wesentlichen, sowie in der ersten Lesung angenommen, mit einigen lediglich redaktionellen Änderungen. Dagegen wurden an Stelle des Artikels III. folgende beiden Artikel beschlossen:

„Artikel III. Soweit bei einer Gerichtsverhandlung die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit ausgeschlossen war, dürfen Berichte über die Verhandlung durch die Presse nicht veröffentlicht werden. Das Gleiche gilt auch nach der Beendigung des Verfahrens in Betreff der Veröffentlichung der Anklageschrift oder anderer amtlicher Schriftstücke des Prozesses. Zum Verhandlungen unterliegen den in Artikel II. bestimmten Strafe. Artikel IV. Das Strafsechzbuch für das deutsche Reich wird durch Einführung eines neuen Absatzes in § 184 wie folgt ergänzt: § 184 Absatz 2: Dieselbe Strafe trifft benjenigen, welcher über Gerichtsverhandlungen, für welche wegen Gefährdung der Öffentlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, oder über die zu Grunde liegende Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke des Prozesses öffentlich Mitteilungen macht, welche geeignet sind, Angst zu erregen.“

Der ganze Gesetzentwurf wurde mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen.

* [Zur künftigen Revision des allgemeinen Reichswahlrechts] schreibt die „Conservative Correspondenz“: „In dem Mangel einer am Mittwoch oder Freitag von conservativer Seite abgegebenen, für alle Zukunft bindenden Erklärung kann niemand etwas Auffälliges finden; solche feierlichen Versicherungen in Dingen, die nicht einen Ankergrund unseres Programms bilden und unter ganz veränderten Verhältnissen auch eine ganz andere Beurtheilung erfahren können, entsprechen nicht der conservativen Gewohnheit. Hat doch auch Herr v. Bennigsen der entfernteren Zukunft und einer anderen Generation eine ganz andere, vielleicht durch revolutionäre Entwicklungen ihr aufgenötigte Entscheidung vorbehalten, so daß — da niemand Zeit und Sünde solcher Entwicklungsrichtungen, wenn sie wirklich beschieden sein sollen, vorhersagen kann — der Unterschied der Stellungnahme des nationalliberalen Parteiführers und unserer eigenen Auffassung der Frage uns nicht einmal ein principieller zu sein scheint.“

Der Artikel bestätigt nur, bemerkt dazu die „Frei. 31g.“, daß die Conservativen die demnächst weitere Revision des Wahlrechts planen und hierbei sogar auf die Unterstützung der Nationalliberalen trocken der Erklärungen des Herrn v. Bennigsen rechnen. Die Bemerkung, daß in einer Fraktionssitzung der Conservativen über das geheime Wahlrecht nicht verhandelt worden sei, ist bedeutungslos. Fraktionssitzungen finden über die Schuldfrage von der Strafe, welche das Gesetz für die Angeklagten zu Last gelegt, statt.

Hierbei wurde der Vertheidiger vom Vorsthenden unterbrochen und darauf hingewiesen, daß dies ungünstig sei.

Der Vertheidiger widersprach, und das Gericht erklärte durch Beschluss das Verfahren des Vertheidigers für unzulässig, mit der Motivirung: Das Gesetz berücksichtigt die Geschworenen zu Richtern über die Thatfrage: Sie hätten also bei ihrer Berathung über Schuldburg oder Nichtschuldburg die Ermöglichung, welche Strafe im ersten Falle den Angeklagten treffe, zu unterlassen. Wenn ihnen in der Vertheidigung die Schougerichtsverhandlung sprach der Vertheidiger des Angeklagten bei Gelegenheit seiner Ausführungen über die Schuldfrage von der Strafe, welche das Gesetz für die Angeklagten zu Last gelegt, statt.

* [Kreuzen-Berstellung.] Heute Vormittag von 8 Uhr ab fand die Vorstellung der Rekruten des hiesigen Bismarck-Bataillons vor dem Commandeur Herrn Major Augustin statt.

* [Veronation.] Der Ober-Staatsanwalt v. Drechsler in Posen (bis zum Oktober 1879 Erster Staatsanwalt vom 6. d. Ms. ist die unterm 10. Dezember pr. ertheilte polizeiliche Erlaubnis zur Überführung befahrener Wagen nach der Speicherbahn und zur Entladung derselben an den Sonntagen nummer zu rückgezogen worden.

* [Von der Weichsel.] Der Wasserstand ist jetzt im ganzen Laufe der preußischen Weichsel wieder fallen; bei Plehnendorf heute am Oberpegel 3,54 Meter, am Unterpegel 3,50 Meter. In den Eisverhältnissen keine Veränderung.

* [Rekruten-Berstellung.] Heute Vormittag von 8 Uhr ab fand die Vorstellung der Rekruten des hiesigen Bismarck-Bataillons vor dem Commandeur Herrn Major Augustin statt.

* [Berzonation.] Der Ober-Staatsanwalt v. Drechsler in Posen (bis zum Oktober 1879 Erster Staatsanwalt in Danzig) ist an das Ober-Landesgericht in Breslau und der Erste Staatsanwalt Wulff in Beuthen an das Landgericht zu Königsberg versetzt, der Gerichts-Assessor Glasmann in Dr. Eysen zum Amtsrichter befördert, der Gerichts-Assessor Hauß in Königsberg zum Amtsrichter in Mühlhausen und der Ober-Dollinspector Engholm in Neidenburg zum Regierungsrath ernannt worden. Der Gerichts-Assessor Heidemann ist als Rechtsanwalt in Thorn zugelassen.

* [Hinrichtung der Grenzen der Rechtsfreiheit eines Vertheidigers] hat das Reichsgericht, wie schon aus der Morgen-Ausgabe aus Breslau mitgetheilten Notiz hervorgeht, eine wichtige Entscheidung gefällt. Der dazu Veranlassung gehende Fall und die Folge dieser Entscheidung enthält die erwähnte Breslauer Notiz. Zur Ergänzung derselben sei bei der allgemeinen Wichtigkeit der Gache folgendes angeführt: Bei der betreffenden Vertheidigung der Angeklagten bei Gelegenheit seiner Ausführungen über die Schuldfrage von der Strafe, welche das Gesetz für die Angeklagten zu Last gelegt, steht.

Hierbei wurde der Vertheidiger vom Vorsthenden unterbrochen und darauf hingewiesen, daß dies ungünstig sei.

Der Vertheidiger widersprach, und das Gericht erklärte durch Beschluss das Verfahren des Vertheidigers für unzulässig, mit der Motivirung: Das Gesetz berücksichtigt die Geschworenen zu Richtern über die Thatfrage: Sie hätten also bei ihrer Berathung über Schuldburg oder Nichtschuldburg die Ermöglichung, welche Strafe im ersten Falle den Angeklagten treffe, zu unterlassen. Wenn ihnen in der Vertheidigung die Schougerichtsverhandlung sprach der Vertheidiger des Angeklagten bei Gelegenheit seiner Ausführungen über die Schuldfrage von der Strafe, welche das Gesetz für die Angeklagten zu Last gelegt, statt.

Hierbei wurde der Vertheidiger vom Vorsthenden unterbrochen und darauf hingewiesen, daß dies ungünstig sei.

Der Vertheidiger widersprach, und das Gericht erklärte durch Beschluss das Verfahren des Vertheidigers für unzulässig, mit der Motivirung: Das Gesetz berücksichtigt die Geschworenen zu Richtern über die Thatfrage: Sie hätten also bei ihrer Berathung über Schuldburg oder Nichtschuldburg die Ermöglichung, welche Strafe im ersten Falle den Angeklagten treffe, zu unterlassen. Wenn ihnen in der Vertheidigung die Schougerichtsverhandlung sprach der Vertheidiger des Angeklagten bei Gelegenheit seiner Ausführungen über die Schuldfrage von der Strafe, welche das Gesetz für die Angeklagten zu Last gelegt, statt.

Hierbei wurde der Vertheidiger vom Vorsthenden unterbrochen und darauf hingewiesen, daß dies ungünstig sei.

Der Vertheidiger widersprach, und das Gericht erklärte durch Beschluss das Verfahren des Vertheidigers für unzulässig, mit der Motivirung: Das Gesetz berücksichtigt die Geschworenen zu Richtern über die Thatfrage: Sie hätten also bei ihrer Berathung über Schuldburg oder Nichtschuldburg die Ermöglichung, welche Strafe im ersten Falle den Angeklagten treffe, zu unterlassen. Wenn ihnen in der Vertheidigung die Schougerichtsverhandlung sprach der Vertheidiger des Angeklagten bei Gelegenheit seiner Ausführungen über die Schuldfrage von der Strafe, welche das Gesetz für die Angeklagten zu Last gelegt, statt.

Hierbei wurde der Vertheidiger vom Vorsthenden unterbrochen und darauf hingewiesen, daß dies ungünstig sei.

Der Vertheidiger widersprach, und das Gericht erklärte durch Beschluss das Verfahren des Vertheidigers für unzulässig, mit der Motivirung: Das Gesetz berücksichtigt die Geschworenen zu Richtern über die Thatfrage: Sie hätten also bei ihrer Berathung über Schuldburg oder Nichtschuldburg die Ermöglichung, welche Strafe im ersten Falle den Angeklagten treffe, zu unterlassen. Wenn ihnen in der Vertheidigung die Schougerichtsverhandlung sprach der Vertheidiger des Angeklagten bei Gelegenheit seiner Ausführungen über die Schuldfrage von der Strafe, welche das Gesetz für die Angeklagten zu Last gelegt, statt.

Hierbei wurde der Vertheidiger vom Vorsthenden unterbrochen und darauf hingewiesen, daß dies ungünstig sei.

Der Vertheidiger widersprach, und das Gericht erklärte durch Beschluss das Verfahren des Vertheidigers für unzulässig, mit der Motivirung: Das Gesetz berücksichtigt die Geschworenen zu Richtern über die Thatfrage: Sie hätten also bei ihrer Berathung über Schuldburg oder Nichtschuldburg die Ermöglichung, welche Strafe im ersten Falle den Angeklagten treffe, zu unterlassen. Wenn ihnen in der Vertheidigung die Schougerichtsverhandlung sprach der Vertheidiger des Angeklagten bei Gelegenheit seiner Ausführungen über die Schuldfrage von der Strafe, welche das Gesetz für die Angeklagten zu Last gelegt, statt.

Hierbei wurde der Vertheidiger vom Vorsthenden unterbrochen und darauf hingewiesen, daß dies ungünstig sei.

Der Vertheidiger widersprach, und das Gericht erklärte durch Beschluss das Verfahren des

Die heutige Börse eröffnete in starker Haltung und mit zumeist etwas höheren Courten auf speculativem Gebiet. Auch die von den fremden Börsenplänen vorliegenden Tendenzen laufen günstiger und wirkten hier mit einem hervortretenden stärkeren Deckungsbedürfnis zur Befestigung der Stimmung zusammen. Im späteren Verlaufe des Verkehrs trat in Folge von Realisationen vorübergehend eine kleine Ab schwächung ein, doch blieb der Grundton der Stimmung bis gegen Schluss stetig fest. Der Kapitalmarkt zeigte unverändert feste Haltung für heimische soziale Anlagen und fremde, sines Zins tragen Papier konnten sich der Hauptindustrien entsprechend zuweilen etwas besser stellen. Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige hatten in starker Gesamtentwicklung ebenfalls regeren Verkehr für sich. Der Privat-Discount wurde mit 1½ % Gd. notirt. Auf internationalem Gebiet

wurden österreichische Creditinstitute zu etwas besserer Notiz, ziemlich lebhaft gehandelt; auch Franzosen und Lombarden waren stetiger und lebhafter, wie auch andere österreichische und schweizerische Bahnen zumeist etwas besser und teilweise lebhaft. Von den fremden Fonds sind russische Anteile und Notes als stetig, ungarische Goldrente und Stoltenbergs als etwas besser und lebhafter zu nennen. Deutsche und preußische Staatsfonds und inländische Eisenbahn-Obligationen hatten bei starker Haltung normales Geschäft für sich. Banknoten waren recht stetig. Industriepapiere waren fest und teilweise lebhaft, auch Montanwerke stetig. Inländische Eisenbahngesellschaften waren leicht belebt.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	107,40
do. do.	3½	107,75
Konsolidirte Anleihe	4	107,00
do. do.	3½	101,10
Staats-Schuldverschreibungen	3½	100,40
Ostpreus. Prov. Oblig.	4	-
Weitw. Prov. Oblig.	4	104,00
Landw. Centr. Pfandbr.	4	102,20
Ostpreus. Pfandbriefe	3½	98,70
Pommersche Pfandbr.	3½	99,30
do. do.	4	-
Polnische neue Pfandbr.	4	102,70
do. do.	3½	99,50
Weitw. Pfandbriefe	3½	98,70
do. neue Pfandbr.	4	98,70
Pomm. Rentenbriefe	3½	104,50
Polnische do.	4	104,40
Preußische do.	4	104,40

Ausländische Fonds.

Desterr. Goldrente	4	87,00
Desterr. Papier-Rente	5	73,60
do. do.	4½	62,30
do. Gilber-Rente	4½	63,60
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	99,75
do. Papierrente	5	99,75
Ung. Goldrente	4	77,50
Russ.-Engl. Anleihe	1870	74,90
do. do. do.	1871	91,05
do. do. do.	1872	91,05
do. do. do.	1873	92,80
do. do. do.	1875	97,05
do. do. do.	1877	97,05
do. do. do.	1880	105,00
Russ.-Engl. Anleihe	1883	91,15
do. Rente	1884	83,60
Russ. 2. Orient.-Anleihe	5	52,40

Die heute erfolgte glückliche Geburt eines munteren Pädelns zeigt hoherfreud an (7251). Breslau, den 9. Februar 1888. David Scherer und Frau. Marika geb. Behrendt.

Anna Fraenkel
Julius Rabow
Berlino. Carthaus.

Naturforschende Gesellschaft.

Mittwoch den 15. Februar, 7 u. Frauengasse 26.

1. Ordentliche Sitzung.

Vortrag des Herrn Dr. Schaefer:

Entstehung u. Behandlung der Kurzsichtigkeit.

2. Außerordentl. Sitzung.

Mitgliederversammlung.

Prof. Dr. Baill.

Nachlass-Auction

Johannissasse Nr. 66, 1. Etage.

Montag, den 13. Februar cr.

Vorm. 10 Uhr, werde ich im Auftrage des Erben die aus dem Nachlaß der Rentiere Wittwe Müller, geb. Grunow, hinterlassenen Möbel, als: 1 mah. eleg. Stuhlsessel v. gutem Ton, Kleiderwind, Stielische, Sofas, Rohrliebe, Bettgestelle mit Matratzen, Fleiser- u. Sophsessel, Küchenmöbel, Küchengeräthe an den Viehställen gegen baare Summen öffentlich verkaufen, wozu einlade.

W. Ewald,

Königl. vereidigter Auctionator und Gerichts-Auktor.

Bureau: Altstädt. Graben 104 I.

Hamburg-Panzig.

Dampfer „Pauline“ läbet jetzt in Hamburg direct nach Danzig. Öster. Anmelbungen nehmen entgegen.

C. F. Mathies u. Co., Hamburg.

Ferdinand Brome, Danzig. (7167)

Loose!

Nörlner Dombau-Lotterie,

Hauptgewinn 75 000 M. Loose

1,30 M.

Marienburger Schloßbau-

Lotterie, Hauptgewinn 90 000 M. Loose

1,3 M.

Göttinger Lotterie,

Hauptgewinn 20 000 M. Loose

1,1 M.

Große Stettiner Lotterie, Haupt-

gewinn 20 000 M. Loose 1,1 M.

Loose der Marienburger Dörfer-

Lotterie 1,1 M. bei Th. Nostitz, Göttingen.

Hecker's Weltgeschichte,

neu bearbeitet von Müller. Mit

Illustrationen u. Karten. Neuauflage. 12 Bde. in 6 Einbänden,

neu. Statt 36 M. für 26 M.

Leopold von Ranke

Weltgeschichte, 4 Bände, statt

91 M. für 65 M.

Deutsche Geschichte im Seitenalter

der Reformation. 6 Bde. ang.

statt 30 M. für 20 M.

Weisser,

Bild-Atlas zur Weltgeschichte.

140 Tafeln mit über 5000 Dar-

stellungen. Brachband 24 M.

Ronnecke,

Bild-Atlas zur Geschichte der

deutschen National-Literatur 1887.

Brachband, neu 25 M.

Vorläufig bei

(7244)

A. Trostien,

Petersiliengasse Nr. 6.

Ia Succade

offenbart

Carl Schmiede,

Brodbänkengasse 47.

Berliner Fondsbörse vom 10. Februar.

Die heutige Börse eröffnete in starker Haltung und mit zumeist etwas höheren Courten auf speculativem Gebiet. Auch die von den fremden Börsenplänen vorliegenden Tendenzen laufen günstiger und wirkten hier mit einem hervortretenden stärkeren Deckungsbedürfnis zur Befestigung der Stimmung zusammen. Im späteren Verlaufe des Verkehrs trat in Folge von Realisationen vorübergehend eine kleine Ab schwächung ein, doch blieb der Grundton der Stimmung bis gegen Schluss stetig fest. Der Kapitalmarkt zeigte unverändert feste Haltung für heimische soziale Anlagen und fremde, sines Zins tragen Papier konnten sich der Hauptindustrien entsprechend zuweilen etwas besser stellen. Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige hatten in starker Gesamtentwicklung fehl-

wie regeren Verkehr für sich. Der Privat-Discount wurde mit 1½ % Gd. notirt. Auf internationalem Gebiet wurden österreichische Creditinstitute zu etwas besserer Notiz, ziemlich lebhaft gehandelt; auch Franzosen und Lombarden waren stetiger und lebhafter, wie auch andere österreichische und schweizerische Bahnen zumeist etwas besser und teilweise lebhaft. Von den fremden Fonds sind russische Anteile und Notes als stetig, ungarische Goldrente und Stoltenbergs als etwas besser und lebhafter zu nennen. Deutsche und preußische Staatsfonds und inländische Eisenbahn-Obligationen hatten bei starker Haltung normales Geschäft für sich. Banknoten waren recht stetig. Industriepapiere waren fest und teilweise lebhaft, auch Montanwerke stetig. Inländische Eisenbahngesellschaften ziemlich belebt

Russ. 3. Orient.-Anleihe	5	52,00
do. Stieg. 5. Anleihe	5	54,10
do. do.	3½	107,75
Konsolidirte Anleihe	4	107,00
do. do.	3½	101,10
Staats-Schuldverschreibungen	3½	100,40
Ostpreus. Prov. Oblig.	4	-
Weitw. Prov. Oblig.	4	104,00
Landw. Centr. Pfandbr.	4	102,20
Ostpreus. Pfandbriefe	3½	98,70
Pommersche Pfandbr.	3½	99,30
do. do.	4	-
Polnische neue Pfandbr.	4	102,70
do. do.	3½	99,50
Weitw. Pfandbriefe	3½	98,70
do. neue Pfandbr.	4	98,70
Pomm. Rentenbriefe	3½	104,50
Polnische do.	4	104,40
Preußische do.	4	104,40

Lotto- und Lotterie-Anleihen.

Bad. Bräm.-Anl. 1867	4	138,25
Boiter. Bräm.-Anleihe	4	138,50
Braunsch. Pr.-Anleihe	4	97,50
Goth. Bräm.-Brandst.	4	104,80
Hamburg. 50fr. -Loose	3	139,90
Höhn-Mind. Pr.-Anleihe	4	100,20
Lübeck. Bräm.-Anleihe	4	132,80
Desterr. Loosse 1854	4	127,90

Hypothen-Pfandbriefe.

Dani. Hypoth. Pfandbr.	4	-
Witth. Grundsch.-Pfdbr.	4	101,70
do. do.	3½	-
Witth. Grundsch.-Pfdbr.	4	102,50
Meiningen Hyp.-Pfdbr.	4	102,00
Witth. Hyp.-Pfdbr.	4	101,80
Witth. Hyp.-Pfdbr.	2 u. 4	114,60
do. do.	4	109,90
do. do.	4½	106,90
Pr. Bob. Cred.-Act. Bh.	5	115,20
Pr. Central-Bod. Cred.	5	116,50
do. do. do.	4	102,50
Pr. Hypoth.-Actien-Bh.	4	102,50
Pr. Hypoth.-D. A. G. C.	4½	103,80
do. do. do.	4</	